

## **Gemeinsamer Antrag**

aller Fraktionen an die 176. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg  
am 18. Mai 2016

### **Mehr Steuergerechtigkeit – Schluss machen mit Steuertricksereien**

Die Panama-Papers haben es einmal mehr eindrücklich gezeigt: Die Großen können es sich richten, wenn es darum geht, Steuern zu vermeiden bzw. zu hinterziehen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hingegen können sich nicht vor der Steuerlast „drücken“. Es braucht daher internationale Regeln und wirksame Kontrollen, um Steuerbetrug zu verhindern. Die Maßnahmen von OECD und EU-Kommission müssen rasch umgesetzt werden. Konkret: Gewinne dürfen in Konzernen nicht mehr hin- und hergeschoben werden, Briefkastenfirmen werden abgeschafft, Geldtransfers in Steueroasen unterliegen einer Meldepflicht.

Es ist ja nicht wirklich neu: Trusts, Briefkastenfirmen, Offshore-Geschäfte – all das macht eine Zuordnung der Steuerpflicht schwierig bis unmöglich. Vermögende Privatpersonen und multinationale Konzerne haben selbst innerhalb des gesetzlichen Rahmens in den Ländern, in denen sie tätig sind, die Möglichkeit ihre Steuerplanung zu gestalten. Gleichzeitig versucht genau diese Personengruppe, die nur wenig zur Finanzierung des Staatswesens beiträgt uns ständig zu erklären, der Sozialstaat sei zu teuer und auf Dauer unfinanzierbar. Der Großteil der weltweiten Bevölkerung, insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, können ihre Steuern hingegen nicht verschleiern.

Schätzungen zeigen: Der Schaden durch Steuertricksereien macht weltweit jährlich eine Billion Euro aus. Der Kampf gegen Steuerdumping muss konsequent geführt werden – das geht nur global.

**Die 176. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert den Gesetzgeber auf, die Umsetzung der geplanten Maßnahmenpakete von OECD und EU-Kommission zu unterstützen. Verlangt werden vor allem folgende Maßnahmen:**

- o Gewinne dürfen nicht verschoben werden. Es kann nicht sein, dass Konzerne ihre Gewinne dort versteuern, wo sie die niedrigsten Steuern zahlen.**
- o Weg mit Briefkastenfirmen weltweit.**
- o Meldepflicht für Vermögens- und Kapitaltransfers in das als Steueroase eingestufte Ausland.**
- o Spürbare Sanktionen für Finanzdienstleister und Bankinstitute bei Verletzung der Meldeverpflichtungen von Vermögens- und Kapitaltransfers.**
- o Erstellung einer schwarzen Liste mit Ländern, die nicht kooperativ sind und intransparente Strukturen aufweisen.**

**o Rasche Beschlussfassung der Finanztransaktionssteuer wie im  
Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission vorgeschlagen.**